

Klimakrise als Höhepunkt technokratischer Krisenpolitik: Weitere Aushöhlung oder Ende der Demokratie?

Von Günter Roth, München, 10. Februar 2024

1 Einführung

Mit dem Szenario einer ultimativen ‚Klimakrise‘ nehmen politische Forderungen zu, Freiheit und Demokratie im Interesse der ‚Zukunftssicherung‘ einzuschränken. Dieses schließt an Entwicklungen der Corona-Pandemie (2020 bis 2022) an, als sich unter den Schlachtrufen „Folgt der Wissenschaft“ und „Wir halten zusammen“ das Volk mehrheitlich hinter der Regierung (mit ihren ausgewählten Expertinnen und Experten) sammelte. Im politischen Ausnahmezustand einer krisenbedingten Machtkonzentration bei der Regierung folgten fundamentale Einschränkungen der Demokratie (Freiheit, Mitbestimmung und Kontrolle). Dazu kamen autoritäre Aggressionen gegen abweichende, protestierende oder sich nicht impfen wollende, Menschen, die als „Covidioten“ oder „Sozialschädlinge“ diskriminiert und ausgeschlossen wurden. Der wachsende Autoritarismus (Unterwerfung, Konformität und Aggressionen gegen Abweichende) ist aber nicht nur eine Folge von Angst und Krisenwahrnehmungen, vielmehr Ausdruck eines neuartigen ‚technokratischen Autoritarismus‘ unter den Zeichen des vermeintlich einzig ‚Wahren oder Guten‘, der besonders bei der politischen Linken und akademisch gebildeten, jüngeren Menschen verbreitet ist. Im Beitrag wird zunächst der Hintergrund wachsender Krisenkonstruktionen betrachtet, mit einem kritischen Blick auf die Konstruktionen der ‚Klimakrise‘. Danach folgt eine Analyse der Entwicklung und des Hintergrunds technokratisch-autoritärer „alternativloser“ Krisenpolitik. Dabei zeigt sich eine wachsende krasse Ungleichheit und Polarisierung der Gesellschaft, mit einem hegemonialen akademischen ‚Bloc Bourgeois‘ an der Macht, der schon lange vielfach gegen den Willen des politisch und öffentlich weitgehend marginalisierten ‚einfachen‘, arbeitenden Volks regiert. Mit der ‚Klimakrise‘ droht sich diese bedrohliche Spaltung und die Erosion der Demokratie noch weiter zu verschärfen.

2 Hintergrund wachsender Krisenwahrnehmungen

2.1 Was ist eine ‚Krise‘ und wie haben sich Krisenwahrnehmungen entwickelt?

Historisch zurückblickend, wird berichtet, dass zuerst die Medizin seit dem 14. Jahrhundert den griechischen Begriff „*Krisis*“ (für Unterscheidung, Meinung, Urteil oder Entscheidung) zu

einer Frage der Entscheidung über Leben oder Tod zugespitzt habe, was bis zum 19. Jahrhundert in den militärischen Sprachgebrauch und in Staatstheorien übergang (vgl. Graf 2020), zumal damals der Staat in Analogie zum menschlichen Körper gedacht wurde und Sorgen vor einem ‚kranken Volkskörper‘ verbreitet waren.¹ Einer der wirkmächtigsten ‚Krisentheoretiker‘ war Karl Marx, mit seinen Thesen einer *zwangsläufigen* konflikt- und krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Zwar trafen dessen Prognosen nur teilweise zu, aber angesichts von Revolutionen, Weltkriegen und globalen wirtschaftlichen ‚Krisen‘ wie 1929 oder 2017/18 bleibt seine ‚Krisentheorie‘ bis heute wirkmächtig. Dazu zeigt ein Blick auf die Häufigkeit des Vorkommens des Begriffs ‚Krise‘ für den Zeitraum von 1800-2019, dass dieser ab ca. 1930 stark zunahm, um bis Mitte der 1950er Jahre eher zu stagnieren und seitdem rasant anzusteigen (mit Höhepunkten ca. 1973, 1989 und 2015) (Abbildung 1).

Abbildung 1: Häufigkeit des Begriffs „Crisis“ bei Google-Books (1900-2019)



Quelle: Suche nach „Crisis“ bei: <https://books.google.com/ngrams/>

2.2 ‚Kultur der Angst‘ in der ‚Risikogesellschaft‘

Angesichts der Beobachtung, dass zusehends alle gesellschaftlichen Bereiche (von A wie Arbeit bis Z wie Zusammenhalt, über Bildung, Demokratie, Finanzen, Staat oder Wirtschaft) mit ‚Krise‘ assoziiert werden, konstatierte Frank Furedi eine ‚Kultur‘ oder ein ‚Jahrhundert der Angst‘ (vgl. Furedi 1997; vgl. Graf 2020). Ulrich Beck wählte den Begriff ‚Risikogesellschaft‘ (Beck 1993), zum einen aufgrund wachsender Risiken durch Technologien wie Atomenergie, Chemie usw., was alle Grenzen und Vorstellungen überschreitet, zum anderen durch ständige dynamische gesellschaftliche Veränderungen und daraus folgender Verunsicherung, als ‚Modernisierung‘, ‚Individualisierung‘, Verlust an Traditionen,

¹ Siehe z.B. die Rhetorik in der Fachwelt der Sozialen Fürsorge der 1920er Jahre, in der sog. ‚Asoziale‘ als Gefahr für den ‚gesunden Volkskörper‘ ausgemacht wurden (vgl. Roth 1999, 74).

Zusammenhalt, Vorhersehbarkeit usw. Wie auch immer diese Entwicklung auf den Begriff gebracht oder gedeutet wird, ist klar, dass Ängste und Risikowahrnehmungen allgegenwärtig sind:

„Fear is not simply associated with high-profile catastrophic threats such as terrorist attacks, global warming, AIDS or a potential flu pandemic; rather, as many academics have pointed out, there are also the ‘quiet fears’ of everyday life. ... Today’s free-floating fear is sustained by a culture that is anxious about change and uncertainty, and which continually anticipates the worst possible outcome. This ‘culture of fear’, as I and others have called it, tends to see human experience and endeavour as a potential risk to our safety. Consequently, every conceivable experience has been transformed into a risk to be managed.“ (Furedi 2007)

Mit den wachsenden Risiken wachsen aber auch die technischen, ökonomischen und politischen Möglichkeiten des ‚Risikomanagements‘, in dessen Zentrum der ‚Sozial- oder Wohlfahrtsstaat als allgegenwärtiger ‚Krisenmanager‘ und Garant von Wohlfahrt steht, obwohl dieser zugleich selbst ständig Risiken schafft, definiert und fördert.

2.3 Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat als ‚Krisenmanager‘

Der ‚Sozial- oder Wohlfahrtsstaat‘ entwickelte im Verlauf des 20. Jahrhunderts wachsende Fähigkeiten des Risikomanagements, mit immer mehr Personal, Ausgaben und Einrichtungen zur Daseinsvorsorge, gesundheitlicher, sozialer Sicherung, Erziehung, Bildung, ‚Inklusion‘ usw. (vgl. Ewald 1993; Kaufmann 2003; Ritter 2012). Es entstand ein zusehends alle Lebensbereiche durchdringender (kapitalistischer) ‚Wohlfahrtsstaat‘ als Garant für Sicherheit und Wohlfahrt, von der Wiege bis zur Bahre. Auf der einen Seite ist dessen enorm mächtige ‚harte rechte Hand‘, mit riesigen Sicherheitsapparaten (Militär, Polizei usw.), womit dieser überwachen, kontrollieren, disziplinieren, bestrafen und nicht zuletzt töten kann.² Nicht minder mächtig, ja vielleicht noch mächtiger ist aber auch dessen ‚weiche linke Hand‘, mit dem die ‚öffentliche Ordnung‘ und ‚Wohlergehen‘ fördernden, helfenden, sorgenden, erziehenden und bildenden Erziehungs- und Bildungswesen, Sozial- und Gesundheitswesen usw.³ Das wohlfahrtsstaatliche ‚Risikomanagement‘ ermöglicht somit die erstaunliche ‚Resilienz‘ des Kapitalismus, der aus jeder ‚Krise‘ gestärkt hervorzugehen scheint (vgl. Boltanski und Chiapello 2001).

2.4 Sozialwissenschaften als Krisenwissenschaften

Unter den immer zahlreicheren Dienenden des (kapitalistischen) Staates beobachten und entdecken vor allem die Sozialwissenschaften als ‚Krisenwissenschaften‘ (Sewing 1983)

² Bzgl. Gewaltarsenalen ist allen voran und mit großem Abstand die USA zu nennen, die mit fast 900 Mrd. \$ (2022) alleine 39% der gesamten Militärausgaben der Welt bestreiten (vgl. <https://www.sipri.org>).

³ Das Bild der ‚rechten und linken Hand des Staates‘ ist von Pierre Bourdieu entlehnt (vgl. 1998, 93 ff.).

ständig ‚Soziale Probleme‘ (als Probleme der öffentlichen Ordnung und Herrschaft und wobei die Sozialwissenschaften oft nur von staatlichen Verwaltungen aufgeworfene Probleme „ratifizieren“) (Bourdieu 1998, 96). Ein Problem kann als Differenz zwischen einem ‚Soll‘ und ‚Ist-Zustand‘ verstanden werden, d.h. Sozialwissenschaften beobachten, überwachen und konstruieren *Normen*. Als einer der ersten analysierte Émile Durkheim als Mitbegründer der Soziologie das Problem der ‚Anomie‘ arbeitsteiliger, marktgesteuerter (kapitalistischer) Gesellschaften und den daraus entstehenden funktionalen Übergang von ‚mechanischer‘ zur ‚organischen‘ Solidarität, womit der Zusammenhalt in der modernen, arbeitsteiligen Gesellschaft nicht schwächer werde, im Gegenteil, weil dem *Staat*, „von dem wir immer stärker abhängen“, „die Aufgabe wächst, uns an das Gefühl gemeinsamer Solidarität zu erinnern“ (Durkheim 1893, 258). Dazu tragen aber nicht zuletzt die Heerscharen privater gemeinnütziger, staatlich geförderter Organisationen bei, wie Rotes Kreuz, Greenpeace, Oxfam, samt der Stiftungen Superreicher wie Gates, Omidyar oder Zuckerberg, welche wiederum mit internationalen, staatsnahen Organisationen wie Weltbank, WHO oder dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) die Rationalisierung, Normierung und Institutionalisierung einer Weltgesellschaft oder ‚Global Governance‘ begründen (vgl. Meyer u. a. 1997).

2.5 Medien und ‚Krisenwahrnehmungen‘

Dazu kommen Medien oder Kommunikationsunternehmen, die zur Wahrnehmung und ‚Konstruktion‘ sozialer Probleme und Krisen beitragen.⁴ Dieses geschieht in einer wettbewerblichen Ökonomie, wobei primär um Aufmerksamkeit konkurriert wird, die umso höher ausfällt, je ungewöhnlicher und problematischer Ereignisse wahrgenommen werden und je mehr Menschen betroffen sind (vgl. Lengauer, Esser, und Berganza 2012; vgl. Meyen 2015, vgl. 2018; vgl. Soroka und McAdams 2015). Die ständige Jagd nach ‚Sensationen‘ kann Krisenwahrnehmungen somit künstlich aufblähen oder erzeugen: So wird heute über Unwetter, die früher kaum der Rede wert waren, intensiv berichtet, mit ‚breaking news‘, ‚Live-Berichten‘ ‚vor Ort‘ usw., was Medien schon deshalb machen müssen, weil es die Konkurrenz macht (vgl. Meyen 2009, 2015, 2018). Medienschaffende können sich solchen Zwängen kaum entziehen, so dass bei Terroranschlägen wie ‚9-11‘, Kriegen oder Covid-19 die immer gleichen Schreckensnachrichten und Bilder auf allen Kanälen in einer Art Dauerschleife laufen, selbst wenn keine neuen Informationen vorliegen oder Bewusstsein durch die Wirkung von Bildern vernebelt wird (s. die irreführend interpretierten Bilder mit Transporten von Särgen aus Bergamo). Eine medial derartig in Atem und Angst gehaltene Gesellschaft tendiert zudem

⁴ Diese Organisationen, Personen oder ‚Netzwerke‘ liefern Informationen und Meinungs austausch, wobei sie als ‚vierte Gewalt‘ zudem der politischen Kontrolle dienen (vgl. Grotz 2021, 211 ff.).

dazu, Risiken und Gefahren durch Terroranschläge, Covid-19 usw. systematisch zu überschätzen und die Häufigkeit des Medienkonsums, vor allem bewegter Bilder, korreliert signifikant positiv mit (übertriebenen) Ängsten, z.B. vor Terrorismus oder Covid-19 (Nellis und Savage 2012; Sasaki u. a. 2020).⁵

3 Krisenszenarien und die Konstruktion der ‚Klimakrise‘

3.1 Krisenszenarien zwischen Interessen und wissenschaftlicher Hybris

Wissenschaftliche Krisenszenarien bestimmen immer mehr politische Entscheidungen, wie jüngst in der ‚Corona-Pandemie‘. Dass dabei ökonomische wie politische Interessen einwirken, wird meist verkannt, ebenso wie der Umstand, dass wissenschaftliche Expertinnen und Experten nach Anerkennung, Macht und Geld streben und politisch nicht objektiv sowie fehlbar sind. Ein Lehrbeispiel stellen die Krisenszenarien des ‚demographischen Wandels‘ dar, wobei die ‚Expertinnen‘ und ‚Experten‘ seit langem ein Schrumpfen der Bevölkerung in Deutschland voraussagten, was durch die unterschätzte Zuwanderung konterkariert wurde, ohne das ‚Prognosegeschäft‘ als solches zu erschüttern (Roth 2012). Welche Hybris in wissenschaftlichen Szenarien steckt, die weit in die Zukunft weisen und ein dynamisches gesellschaftliches Geschehen betreffen, verdeutlicht ein Gedankenexperiment: Angenommen, ‚Vorausberechnungen‘ zur Bevölkerungsentwicklung wären schon vor gut hundert Jahren angestellt worden, z.B. 1910 bis 1950/60, so wären diese schon durch den Ersten Weltkrieg entwertet worden. Eine Analyse des politischen Hintergrunds demographischer Krisenprognosen (u.a. mit der These der Krise und Reformbedürftigkeit der Alterssicherung) zeigt zudem, dass Wirtschaftslobbys, vor allem der Finanz- und Versicherungswirtschaft, hierbei treibende Kräfte waren, mit diversen ‚Think Tanks‘, nahe stehenden Politikern, Medienvertretern usw. (vgl. Wehlau 2009). Im Übrigen erwiesen sich auch die jüngsten Szenarien in der ‚Corona-Krise‘, wie z.B. des ‚Imperial College London‘, als verfehlt und überzogen (Ioannidis, Cripps, und Tanner 2022; Ioannidis und Powis 2022). Wissenschaftliche Krisenszenarien sollten somit grundsätzlich skeptisch, vor dem Hintergrund ökonomischer oder politischer Interessen sowie als moderne Herrschaftstechnik betrachtet werden. Dieses gilt auch für die ‚Klimakrise‘, wobei aus der Finanzwirtschaft, der IT-Branche und von superreichen ‚Philanthropen‘ auffällig Spenden an die Klimaschutzbewegung fließen (Vighi 2023). Diese Aspekte sollen aber hier nicht weiter vertieft werden, ebenso wie keine

⁵ In Umfragen in den USA zeigten sich z.B. regelmäßig etwa die Hälfte der Befragten besorgt, dass sie selbst oder jemand von ihrer Familie ein Opfer von Terroranschlägen werden könnten (kurz nach ‚9/11‘ waren es sogar ca. 60%, vgl. [Gallup-Institut](#)). Die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Terroranschlags zu werden, ist aber sehr gering: In den USA gab es von 1995 bis 2019 pro Jahr im Mittel 151 Tote durch Terroranschläge, bei ca. 318 Mio. Bürgerinnen und Bürgern (vgl. [Global Terrorism Database](#)). Ähnlich überschätzten viele die Sterblichkeit von COVID-19, z.B. in UK um ca. das Hundertfache (vgl. Telegraph vom 20.8.2020).

Diskussion zum Klimawandel oder zur Klimapolitik an sich geführt wird. Betont sei zudem, dass mit den folgenden kritischen Analysen zur Konstruktion einer ‚Klimakrise‘, das Ziel einer ökologisch verträglichen Ökonomie nicht in Frage gestellt wird.

3.2 *Gibt es einen Konsens ‚der‘ Wissenschaft zum Klimawandel und was folgt daraus?*

Meist wird in den deutschen Medien behauptet, die These einer primär durch Menschen verursachten, dramatischen Klimaerwärmung werde unter naturwissenschaftlich Forschenden nicht in Frage gestellt. Dazu zeigt aber eine Analyse von ca. 3 Tsd. klimawissenschaftlichen Aufsätzen (peer-reviewed), dass dem willkürliche Interpretationen zugrunde liegen: So lehnen zwar tatsächlich sehr wenige Beiträge (N=4 oder < 0,2%) die herrschende These ab, der Großteil (70%), zeigt sich dazu aber neutral oder unsicher und nur 30% unterstützen diese explizit oder implizit (Dentelski u. a. 2023). Auch in einer Befragung aller naturwissenschaftlich zu Klimafragen forschender Professorinnen und Professoren in Deutschland bejahten zwar 63% (von 131 Antwortenden, ‚Response Rate‘ 40%), dass der Klimawandel der letzten 50 Jahre „überwiegend vom Verhalten des Menschen beeinflusst“ sei (Hervorhebung, G.R); 30% der Antwortenden meinten aber, dass zu *gleichen* Teilen natürliche und menschliche Faktoren ursächlich seien, eine Person (1%) sagte sogar „überwiegend natürlich“, 6%, das könne man nicht sagen (Post 2019). Im Übrigen ist Mehrheit oder Konsens in der Wissenschaft kein Beleg für ‚Wahrheit‘ und es genügt eine Studie oder ein Argument, um Annahmen zu widerlegen (Kuhn 1967). Gerade in der Umweltbewegung sollte zudem in guter Erinnerung sein, dass der wissenschaftliche ‚Mainstream‘ zur Atomenergie lange einhellig positiv war und kritische Thesen und Dissidenten durchweg diffamiert, tabuisiert oder ausgeschlossen wurden.

3.3 *Gewissheit oder Unsicherheit in der Klimaforschung?*

Weiter zeigt eine Inhaltsanalyse des 5. Berichts des sog. Weltklimarates (IPCC), dass 57% der darin enthaltenen Aussagen Hinweise zu Unsicherheit oder Wahrscheinlichkeiten enthielten, wobei 7,6% aller Aussagen (mit Angaben von Wahrscheinlichkeiten) unter der üblichen Irrtumswahrscheinlichkeit von < 5% blieben (vgl. Hassler, Maurer, und Oschatz 2016, 131). Der IPCC ignorierte aber offenbar den wissenschaftlichen Standard, dass Thesen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit >5% verworfen werden, indem z.B. Annahmen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5-10% als „sehr wahrscheinlich“ klassifiziert wurden (Hassler, Maurer, und Oschatz 2016). Zudem wurden in Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger Aussagen als völlig sicher zugespitzt (Hassler, Maurer, und Oschatz 2016, 131 f.). Auch in einer Befragung von zu Klimafragen Forschenden in Deutschland bejahten nur ca. 20% der Antwortenden, dass die Voraussetzung der Berechenbarkeit des Klimas als Grundlage von Prognosen (präzise Modelle, Verständnis von Prozessen und

empirische Daten) bereits erfüllt seien, 60-80% erachteten dieses zwar für die Zukunft als möglich, gut 20% meinten aber, dass Klimamodelle nie präzise genug werden könnten (Post 2019). Zudem bejahten 72% der befragten deutschen Forscherinnen und Forscher, dass der Öffentlichkeit deutlicher übermittelt werden sollte, dass viele Fragen des Klimawandels noch ungeklärt seien (Post 2016, 5). Insofern erscheint es fraglich, inwiefern der IPCC als wissenschaftliche oder als politische Interessenorganisation eingestuft werden sollte, wobei letzteres aber deren Objektivität und Glaubwürdigkeit untergräbt. Der Trend zur ‚engagierten‘ Wissenschaft scheint übrigens unaufhaltsam: So sieht es laut einer Befragung des Deutschen Hochschulverbandes sogar in den Naturwissenschaften bereits eine Mehrheit, insbesondere Jüngere, als Aufgabe der Wissenschaft, nicht nur Wissen zu generieren und zu verbreiten, sondern gesellschaftliche Probleme oder Missstände zu beheben, Debatten anzustoßen und politische Beratung zu leisten (Petersen 2021).

3.4 Klimawandel: Selektive Rezeption von Forschung durch Medien und Politik

In Medienberichten werden Aussagen des IPCC zum Klimawandel selektiv berichtet, so zeigen Inhaltsanalysen (vgl. Hassler, Maurer, und Oschatz 2016): Insgesamt wurden nur 37% der Aussagen des IPCC mit Angaben zu Wahrscheinlichkeiten oder Unsicherheiten in Medienberichten korrekt wiedergegeben, 43% ließen dieses weg, 17% schwächten die Angaben zur Unsicherheit ab, 4% verstärkten sie (ebd. S. 134). Das Unterschlagen trat umso häufiger auf, je *größer* die Unsicherheit der Aussagen im IPCC-Bericht war, was genau umgekehrt sein müsste (ebd. 135). D.h. es liegt eine bewusst verzerrte Medienberichterstattung zum Klimawandel vor (vgl. Hassler, Maurer, und Oschatz 2016). Besonders stark ist diese Tendenz bei links-liberal orientierten Medien, im Fernsehen und bei politischen Akteuren (vgl. Hassler, Maurer, und Oschatz 2016, 136).⁶ Auch die Themenauswahl der ARD-Tagesschau folgt diesem Bias, während die im Volk vorrangigen wirtschaftlichen Sorgen in den Hintergrund rücken.⁷ Entsprechend erhalten Klimaforschende in deutschen Medien viel mehr Resonanz, wenn sie die Unausweichlichkeit des Klimawandels betonen, während Forschende, welche Unsicherheit sehen, weniger Kontakte und Resonanz in Medien angeben (Post 2016, 2019). Der Kontakt zu Medien wird übrigens von Forschenden als förderlich für die eigene Karriere erachtet (Post und Ramirez 2018).⁸ Insofern könnten

⁶ Diese Tendenz tritt eher in Europa als in den USA auf, was an der polarisierten politischen Kultur des Zweiparteiensystems liegen könnte oder am Einfluss der Ölindustrie, welche skeptische Positionen fördert (Maesele und Pepermans 2017). Dem steht aber das Finanzkapital gegenüber, welches durch eine radikale Klimapolitik profitiert und Unterstützung für die Klimabewegung mobilisiert (Vighi 2023).

⁷ Vgl. <https://www.nzz.ch/visuals/tagesschau-klima-wichtiger-als-inflation-und-fluechtlingskrise-ld.1730650>.

⁸ Medienkonzerne wie Reuters fördern Netzwerke von Aktivistinnen in Medien und Wissenschaft, wie z.B. das [Oxford Climate Journalism Network von Reuters](https://www.reuters.com/news/oxford-climate-journalism-network-reuters-2023-12-28/), kritisch: <https://dailysceptic.org/2023/12/28/bbc-disinformation-reporter-plans-six-month-sabbatical-to-go-on-climate-course-funded-by-green-billionaires/>.

durch die verzerrte Sicht von Medien Rückwirkungen auf die wissenschaftliche Forschung entstehen, was die Ergebnisse einer experimentellen Befragung nahelegen: Demnach würden die zu Klimafragen Forschenden Ergebnisse, welche den Klimawandel weniger dramatisch erscheinen lassen, zurückhalten, während sie Ergebnisse, welche den Klimawandel dramatischer erscheinen lassen, eher veröffentlichen würden (Post 2016). Dazu passt die Selbstanzeige eines Klimawissenschaftlers, er habe Ergebnisse im Sinne der herrschenden Meinung zugespitzt und gegenteilige Aspekte weggelassen, um die Chancen zur Annahme in einem Top-Journal zu erhöhen (Brown 2023).

4 Hintergrund: Tendenz zur technokratisch-autoritären Krisenpolitik

4.1 Permanente Krisenpolitik und die ‚Normalisierung‘ des Ausnahmezustands

Schon seit Jahrzehnten jagt in der Öffentlichkeit eine ‚Krise‘ mit immer neuen Schreckensnachrichten und -szenarien die andere: Kaum, dass die von 2020-2022 grassierende ‚Corona-Krise‘ durch den Krieg in der Ukraine abgelöst wurde, beherrscht der in ‚Nahost‘ eskalierende Krieg die Nachrichten. Damit taucht auch die 2015 die Nachrichten dominierende ‚Flüchtlingskrise‘ wieder auf und auch die ‚Krise der EU‘, samt Finanz-, Staatsschulden- oder Eurokrise bleiben virulent (vgl. Lepsius 2013). Dass Krisen und Ausnahmezustände quasi zum ‚normalen‘ Mittel der Politik in Demokratien wurde, zeigte sich paradigmatisch im seit ‚9-11‘ lancierten ‚Krieg gegen den Terror‘, womit Angriffskriege, Folter in extralegalen Gefängnissen und Tötungen ohne rechtsstaatliche Verfahren oder globale, Massenüberwachung legitimiert wurden (vgl. Agamben 2004; Förster 2017; Lemke 2017). Ausnahmezustände definieren sich dadurch, dass sich die Macht aufgrund von Krisenwahrnehmungen bei der Exekutive konzentriert und Freiheitsrechte, demokratische Partizipation und Kontrollen eingeschränkt werden (Agamben 2004; Lemke 2017). Der Legitimation von Ausnahmezuständen dienen (tatsächliche oder konstruierte) existentielle Bedrohungen, die von außen kommen (‚innere Feinde‘ gelten als nicht zugehörig), Freund-Feind-Denken und dringende Notwendigkeit sowie Effizienz des Handelns (Förster und Lemke 2016). In Krisen sammelt sich das Volk zudem hinter der Regierung (‚rally round the flag‘) und belohnt entschlossene tatkräftige Führung, auch oder gerade weil Recht und Gesetz ignoriert werden (vgl. Baekgaard u. a. 2020; Feinstein 2020).⁹ Insofern kommt der Feststellung und

⁹ Zwar wurden in Deutschland Exekutivanordnungen ex-post durch Parlamente und Verfassungsgericht abgesegnet, die Verfassung blieb aber zunächst unbeachtet, indem z.B. informelle Runden von Bundes- und Landesregierungen wesentliche Entscheidungen trafen (vgl. J. Hirsch 2020; Kneip und Merkel 2022; Roth 2021a).

Deutung von ‚Krisen‘ eine überragende Bedeutung zu, wobei Regierungen über exklusive Informationen und Deutungsmacht verfügen.

4.2 *Technokratische Krisenpolitik: ‚There is no alternative‘*

Die Aushöhlung von Rechtsstaat und Demokratie unter den Zeichen von ‚Krisen‘ reicht weit zurück, mindestens bis zur Wirtschaftskrise der 1970er Jahre, als Premierministerin Thatcher in Großbritannien mit der These „*there is no alternative*“ eine beim arbeitenden Volk unpopuläre ‚Spar- und Angebotspolitik‘ (zugunsten des Kapitals) durchpeitschte, was seitdem als eine Art Zauberformel zur Legitimation und Schuldabwälzung, von Mitte-Rechts- wie Mitte-Links-Regierungen benutzt wurde (vgl. Roth 2021b; Schäfer 2008; Séville 2017). Pierre Bourdieu bringt dieses auf den Punkt als „Spiel“,

„... bei dem die Mächtigen die Tendenz haben, die Wahrheit zu fingieren und den Glaubensvorstellungen und den Sicht- und Teilungsprinzipien, die sie durchsetzen wollen, vor allem auf dem Gebiet der Ökonomie, den Anschein einer wissenschaftlichen Garantie, eines Stempels der Wahrheit zu geben versuchen. Sie beteuern ständig, die Wissenschaft sei auf ihrer Seite, die Nobelpreise seien auf ihrer Seite, so wie man früher Kriege führte und dabei rief: ‚Gott ist mit uns‘. Und sie verlangen vom einfachen Volk, sich auf diejenigen zu verlassen, die kompetenter sind, die es besser wissen, die das Monopol der Handhabung der politischen Heilsgüter für sich beanspruchen, das Monopol der Definition des politisch Guten und Richtigen, im Namen des Kompetenz- und Wahrheitsmonopols.“ (Bourdieu 2001, 56)

Die Folge technokratischen Krisenpolitik, insbesondere eine eklatant wachsende Ungleichheit, mit der relativen Verschlechterung der sozialen Lage ‚einfacher‘ Arbeitenden, ist wiederum *die* hauptsächliche Quelle wachsender politischer Verdrossenheit, Enthaltung und Rechtsdrift (Engler und Weisstanner 2020; Han 2016; Piketty 2018, 2019; Schäfer 2008).

4.3 *Ungleiche Repräsentation und herrschender ‚Bloc Bourgeois‘*

Als Hintergrund muss zuallererst die Tatsache berücksichtigt werden, dass die Auswahl und soziale Zusammensetzung herrschender Eliten hochgradig verzerrt ist: So haben 87% der Mitglieder des 20. Deutschen Bundestags einen akademischen Abschluss, ‚einfache Arbeitende‘ oder ärmere Menschen kommen hier kaum vor (vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch/03>). Ähnliche Verzerrungen finden sich für praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche, u.a. in Wirtschaft oder Verwaltung (vgl. Hartmann 2007, 2009, 2013). Auch Medienschaffende haben durchweg eine *akademische* (meist polyglotte) Sozialisation durchlaufen und stammen vorwiegend aus privilegierten sozialen Schichten (vor allem der Bildungsbourgeoisie), woraus ähnliche Lebensweisen, Habitus und Einstellungen resultieren, während das ‚einfache Volk‘ auch hier kaum aktiv vertreten ist (vgl. Lueg 2012; Raabe 2005). Da sich hochrangige Journalistinnen und Journalisten wiederum häufig in der Nähe politischer oder ökonomischer Eliten aufhalten

(bei Konferenzen und internationalen Organisationen oder Think Tanks' wie ‚Weltwirtschaftsforum‘, ‚Atlantikbrücke‘, Weltbank, IPCC usw., bei Empfängen, Preisverleihungen, Festen usw.), überrascht die große Übereinstimmung politischer Ansichten von Spitzenjournalisten und Regierungen nicht, wie es Uwe Krüger für die Außen- und Sicherheitspolitik aufzeigte (vgl. Krüger 2015). Besonders bei Fragen von Krieg und Frieden oder in Krisen wie Covid-19 stützen große Leitmedien weitgehend die Sichtweisen von Regierungen (vgl. Maurer, Reinemann, und Kruschinski 2021; Meyen 2021; vgl. von Rossum 2020).¹⁰ Nicht zuletzt fördern ‚Karriereanreize‘ und Privilegien die oft unbewusste Anpassung von Medienschaffenden, indem ‚Hintergrundinformationen‘, ‚Exklusivinterviews‘,¹¹ Aufträge zur Moderation oder Stellen bei der Regierung als Sprecherin oder Sprecher winken oder die Begleitung im Regierungsflieler.¹² Ähnliche Strukturen, Anreize und Druck zur Anpassung wirken nicht zuletzt in der Wissenschaft, deren Aufträge und Gelder in erster Linie vom Staat oder ‚Big Business‘ kommen (oder ‚gemeinnütziger‘ Stiftungen von Superreichen).

4.4 Konzentration und Verzerrung von Informationsmärkten

Auch in an sich freien Gesellschaften kann sich Propaganda als Mehrheitsmeinung durchsetzen, indem *unauffällige* ‚Filter‘ wirken, während eine gewisse Vielfalt an Meinungen innerhalb von Grenzen des Zulässigen, randständig erhalten bleibt (vgl. Bourdieu 1999; Chomsky und Herman 2006; Meyen 2021, 2023; Zollmann 2019). Zuallererst wirkt dabei die enorme Konzentration an Kapital: „Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“, so der Journalist Paul Sethe (Meyen 2021). Zwar sind ökonomische Interessen konkurrierend, es gibt aber auch Gemeinsamkeiten, wie ‚freie‘ Märkte, wozu z.B. Springer ein Bekenntnis in Arbeitsverträgen verlangt (Meyen 2021, vgl. Kap. 5, Fußnote 33). Insgesamt ist eine erhebliche Konzentration von Meinungsmärkten ein Problem für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft: In Deutschland decken nur fünf Konzerne über 54% des ‚Meinungsmarkts‘ (Internet, Fernsehen, Radio, Zeitungen) ab, die öffentlich-rechtlichen (staats- und regierungsnahen) Anstalten ca. 30% (vgl. Deck und Kluser 2021).¹³ Extrem ist die Konzentration bei Nachrichtenagenturen, wo nur eine Handvoll

¹⁰ Siehe den Schweizer Medienkonzern Ringier, deren Führung eng mit der Regierung bzgl. der ‚Corona-Politik‘ kooperierte und interne Vorgaben dazu erließ (vgl. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=79486>; vgl. den ‚Insiderbericht‘ bei: <https://multipolar-magazin.de/artikel/die-mainstream-blase>).

¹¹ Zur Informationspolitik durch Bundeskanzlerin Merkel in der Corona-Krise kritisch: <https://www.nzz.ch/international/corona-angela-merkels-fragwuerdige-medienpolitik-in-krisenzeiten-id.1715145>;

¹² Siehe z.B. das entlarvende ‚Selfie‘ und die Twitter-Nachricht einer jungen Spiegel-Journalistin vor dem Flugzeug der Außenministerin, kritisch dazu: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86544>.

¹³ So bestimmt der Staat Rahmenbedingungen (Finanzierung, Recht) und ist auch in Leitungen (Rundfunkräte und Verwaltungsräte) vertreten, auch wenn direkte Einflussnahme selten ist, , z.B. in der Corona-Krise (vgl. z.B. <https://multipolar-magazin.de/artikel/ich-kann-nicht-mehr>, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=80112>).

international tätig ist, deren Beiträge oft global übernommen werden (vgl. KEK 2021, 181). Auch der Informationsmarkt Internet ist hoch konzentriert, schätzungsweise 84% aller Suchanfragen im Internet entfallen auf ‚Google‘¹⁴ und 86% der gesamten Nutzung auf 0,003% der Domains (vgl. Deck und Kluser 2021; KEK 2021, 17). Google, YouTube etc. unterdrücken oder zensieren zudem exzessiv Informationen wie in der ‚Corona-Krise‘ (vgl. Hofbauer 2022, 2023; Klöckner 2021; Roth 2023b). Eine ähnliche Konzentration lässt sich auch für wissenschaftliche Publikationen zeigen, wo fünf Konzerne über 50% der Publikationen abdecken, mit starkem US-Bias (Larivière, Haustein, und Mongeon 2015). Insofern spricht alles dafür, dass das ‚Wissen der Welt‘ keineswegs politisch neutral bereitgestellt wird. Besonders die Sozialwissenschaften sind politisch links und links-liberal ausgerichtet (Honeycutt und Jussim 2023), was auch für IT-Programme wie ‚Chat-GPT‘ aufgezeigt wurde (Rozado 2023; Sullivan-Paul 2023).

4.5 Zwischenfazit: „Government of the People, by the Elite, for the Rich“

Die vorstehende zugespitzte Überschrift ist einer Studie zur ‚politischen Responsivität‘ zwischen 1980 und 2013 entliehen und bescheinigt eine Art Bankrotterklärung der Demokratie: Demnach wurden die politischen Forderungen von Reichen (samt Beamten und Selbständigen) viel eher wahrgenommen und durchgesetzt, besonders bei umstrittenen Fragen wie der Renten- und Arbeitspolitik (‚Riester-Reform‘, ‚Hartz-Reform‘) (Elsässer, Hense, und Schäfer 2016, 2018). Teilte die reichste Einkommensgruppe einhellig eine politische Forderung, wurde diese mit einer Wahrscheinlichkeit von 80% durchgesetzt, waren Reichere mehrheitlich dagegen, sank die Chance der Realisierung auf ca. 20 Prozent; wurde dagegen eine Forderung in der ärmsten Einkommensgruppe mehrheitlich unterstützt, sanken deren Chancen der Durchsetzung (ähnliches gilt für den Medianwähler) (Elsässer, Hense, und Schäfer 2016, 2018). Die Schlagseite oder faktische Aushöhlung der Demokratie bleibt den Massen der politisch marginalisierten Unterklassen nicht verborgen. So sieht in einer repräsentativen Umfrage in Deutschland etwa ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger eine „Scheindemokratie“ und nur eine kleine Minderheit die Möglichkeit, politisch Einfluss zu nehmen oder dass die Regierung ihre Interessen wahrnehme (vgl. ausführlich: Roth 2021b).

¹⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/225953/umfrage/die-weltweit-meistgenutzten-suchmaschinen/>

5 Neuer Autoritarismus als Gefahr für Freiheit und Demokratie

5.1 Autoritarismus unter den Zeichen des vermeintlich ‚Wahren und Guten‘

Seit längerem werden politische Entscheidungen mit Verweis auf vermeintlich unausweichliche Sachzwänge und Krisen als ‚alternativlos‘ durchgepeitscht (siehe Thatcher, Schröder oder Merkel). Dieses Muster technokratisch-autoritärer Krisenpolitik erreichte in der ‚Corona-Krise‘ seinen vorläufigen Höhepunkt (Roth 2021a, 2023a). Dabei gab es in vielen Ländern, besonders aber in Deutschland, eine Aufwallung an autoritären, technokratischen Einstellungen in der Bevölkerung (Amat, Arenas, und Falcó 2020; Filsinger und Freitag 2022; M. Hirsch 2022; Maher u. a. 2022; Wüstner 2022; Lavezzolo, Ramiro, und Fernández-Vázquez 2022; Cena und Roccató 2023). Der wachsende Autoritarismus, mit der Tendenz zu Konformität und Aggressionen gegen Abweichende (v.a. gegen nicht geimpfte Menschen), war besonders stark bei Menschen mit großer Angst vor Covid-19, höherer Bildung und politischer Linksorientierung (Bor, Jørgensen, und Petersen 2023; M. Hirsch 2022; Maher u. a. 2022; Manson 2020; Peng 2022; Roth 2023a). Noch mehr als Angst war aber für die Zunahme autoritärer Haltungen das Dogma ausschlaggebend, ‚der‘ Wissenschaft folgen und Solidarität üben zu müssen (vgl. Cena und Roccató 2023; M. Hirsch 2022; Lavezzolo, Ramiro, und Fernández-Vázquez 2022; Peng 2022). Insofern zeigt sich eine neue Art des Autoritarismus, der politisch von links kommt und der von seinen Protagonistinnen nicht als solcher verstanden wird, weil doch nur ‚der‘ Wissenschaft, ‚Vernunft‘ oder dem moralisch scheinbar eindeutig Gebotenen gefolgt werden soll, so dass jegliche Kritik reflexhaft als unvernünftig, unsolidarisch oder rechts diskriminiert und ausgeschlossen wird (ausführlich: Roth 2023a). Dabei zeigten viele Äußerungen gerade von jenen, die sich sonst so vehement gegen Diskriminierung, Hass und Gewalt wenden, erschreckende Züge mangelnder Toleranz, Hass und Verachtung, z.B. gegenüber nicht geimpften Menschen, die u.a. als „Sozialschädlinge“ bezeichnet wurden, worauf die ganze Republik mit dem Finger zeigen sollte (vgl. Klöckner und Wernicke 2022; <https://ich-habe-mitgemacht.de>).¹⁵

5.2 Verengung der Meinungsfreiheit und Polarisierung entlang kultureller ‚Konfliktlinien‘

Eine regelmäßige repräsentative Umfrage zur Meinungsfreiheit in Deutschland zeigt entsprechend alarmierende Tendenzen der Unfreiheit: Demnach bejahte jüngst nur noch eine Minderheit von 40%, dass man seine politische Meinung in Deutschland frei sagen könne,

¹⁵ Eine grüne Politikerin, selbst erklärte Spezialistin für Antidiskriminierung, meinte am 6.12.2021, dass sie impfunwilligen Menschen „gern kommentarlos aufs Maul hauen würde“ (ebd.), der Soziologen Heinz Bude meinte am 7.12.21 dazu besonders perfide: „Die kann man nicht nach Madagaskar verfrachten. Was soll man machen?“, womit er implizit auf die Deportationspläne der Nationalsozialisten anspielte (ebd.).

eine relative Mehrheit von 44% der Antwortenden meinte, dass es besser sei, vorsichtig zu sein (1990 waren das nur 16%) (Petersen, Schatz, und Schmidt 2023). Dahingehende Sorgen äußern besonders formal gering Gebildete und politisch eher Rechtsorientierte (Anhängerinnen und Anhänger von AfD und FDP), während 75% der Anhängerinnen und Anhänger der Grünen meinten, man könne in Deutschland frei reden (Petersen, Schatz, und Schmidt 2023). Die am Häufigsten genannten Themen, bei denen besser vorsichtig sein sollte, sind Islam, Patriotismus und Gleichberechtigung von Frauen. Ganz offenbar liegt hier eine Art *Kulturkampf* oder eine Konfliktlinie zugrunde um die gesellschaftliche Liberalisierung und Internationalisierung, wobei auf der einen Seite die besonders stark akademisch geprägten Vorreiter der Grünen stehen, dem als Gegenpol die AfD entgegensteht, und zwar alleine auf weiter Flur (nur die FDP-Wählenden verorten sich noch knapp neben der Mitte, eher kritisch bzgl. Migration und EU-Integration) (vgl. Grande 2018, z.B. Schaubild 4, S. 32). Dazu verschärfte sich die Einschränkung der Meinungsfreiheit und Polarisierung in der ‚Corona-Krise‘, wobei z.B. eine Befragung ergab, dass nur 25% der Antwortenden bejahte, dass abweichende Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler überhaupt angehört werden sollten, nur 21%, dass Medien kontroverse Inhalte bringen sollten und nur 12%, dass kritische Inhalte nicht zensiert werden sollten (71% der Antwortenden waren Studierende) (vgl. Wüstner 2022), ein Alarmsignal für eine sich als freiheitlich verstehende Gesellschaft.

5.3 *Autoritarismus, Konformität und Einschränkung der Meinungsfreiheit an Hochschulen*

Autoritarismus und Konformismus, samt Aggressionen gegen Abweichende, unter den Zeichen des vermeintlich einzig Wahren und Guten, grassieren offenbar besonders an und ausgehend von Hochschulen. So fand es laut einer repräsentativen Befragung von Studierenden nur eine Minderheit von 38% *nicht* akzeptabel, Hinweise auf eine Veranstaltung zu entfernen, um gegen Redner an der Hochschule zu protestieren, die der Ansicht sind, dass Migration nach Deutschland zu Problemen im Sozialsystem führen und es nötig erscheint, sie zu begrenzen; 35% fanden dieses Verhalten absolut oder eher akzeptabel, 27% teilweise (Hinz, Mozer, und Strauß 2023, 20). Besonders intolerant sind politisch linksorientierte, jüngere und weibliche Studierende, so eine Befragung an der Universität Frankfurt (wobei insgesamt ca. 80% der Befragten sich als linksorientiert verorteten und Linke (38%), Grüne (24%) oder SPD (16%) wählten) (Revers und Traunmüller 2020). Entsprechend äußerten (die wenigen) politisch mittig bis rechtsorientierten Studierenden (und Männer) häufiger die Erfahrung und Sorge, für politischen Meinungen angegriffen zu werden und dass sie sich diesbezüglich zurückhielten (letzteres galt allerdings eher für Frauen als für Männer) (Revers und Traunmüller 2020). Zurückhaltung bei politischer Meinungsäußerung bejahte insgesamt etwa ein Drittel aller Studierenden, wobei erneut Fragen von ‚Gender‘ und Identitätspolitik eine

vorrangige Rolle spielten (Revers und Traunmüller 2020). Dass zuletzt auch die Bestreitung des Klimawandels in der Hochschule heftigen Widerstand hervorrufen würde, bejahten in einer Befragung 70% der dazu antwortenden Professorinnen und Professoren oder Habilitierten (Petersen 2021).

5.4 Technokratisch-autoritäre Klimaschutzbewegung als Gefahr für die Demokratie

Die Thesen des menschengemachten Klimawandels bewegen vor allem jüngere, akademisch gebildete Menschen, die meist weiblich sind und aus oberen Schichten stammen (vgl. Buzogány und Scherhauser 2023; Sommer u. a. 2019). Dagegen hat die Mehrheit der Bevölkerung primär wirtschaftliche Sorgen (vgl. Atkinson, Skinner, und Gebrekal 2023), vermutlich noch mehr in weiten Teilen der Welt. Die Ängste vor einem vermeintlichen Weltuntergang, wie es im Begriff „Last Generation“ zum Ausdruck kommt, bringt entsprechende radikale Forderungen hervor, auf dem festen Glauben an ‚die‘ Wissenschaft beruhend, ungeachtet wissenschaftlicher Kontroversen oder Unsicherheit. Allen voran offenbart Greta Thunberg, Gründerin der Bewegung ‚Fridays for Future‘ einen „technokratischen Ökozentrismus“ einer einseitig vereinfachenden, ‚manichäischen‘ Weltsicht, woraus sie nicht verhandelbare politische Forderungen ableitet (vgl. Zulianello und Ceccobelli 2020): „Mit Physik kann man keine Deals machen“, so erklärte sie dazu kategorisch (ARD-Tagesthemen, 16.10.2020). Das identische ‚Totschlagargument‘ benutzte übrigens auch Bundeskanzlerin Merkel, um harte Freiheitseinschränkungen in der ‚Corona-Krise‘ durchzusetzen („Das Virus verhandelt nicht“, vgl. [Generalanzeiger 22.3.21](#)). Schließlich erklärte Roger Hallam, Mitgründer der Bewegung ‚Extinction Rebellion‘ kurzerhand Demokratie sogar für „irrelevant, wobei er eine übergeordnete Moral reklamierte und ein Recht auf Widerstand: „Wenn eine Gesellschaft so unmoralisch handelt, wird Demokratie irrelevant.“ (Der SPIEGEL vom 13.9.2019).

6 Fazit und Ausblick

Technokratisch-autoritäre Tendenzen als Gefahr für die Demokratie kommen aber nicht nur aus der radikalen Klimaschutzbewegung und studentischen, links-grünen Milieus, auch Vertreter der deutschen Bundesregierung spielen offen mit mehr oder weniger autoritären Gedanken. So forderte bereits Gesundheitsminister Lauterbach: „Somit benötigen wir Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels, die analog zu den Einschränkungen der persönlichen Freiheit in der Pandemie-Bekämpfung sind“ ([Die Welt 27.10.2020](#)). Das bedeutet eine Art präventiver Ausnahmezustand und ‚Lock-Down‘ im Interesse des ‚Klimaschutzes‘, mit Maßnahmen wie Ausgangssperren, Versammlungsverboten, rigiden Verhaltensregeln für das tägliche Leben, samt straffer polizeilicher Kontrollen und Strafen, und zwar ohne zeitliche

Begrenzung. Dabei setzt auch das Bundesverfassungsgericht den autoritären Aufwallungen offenbar keine Grenzen, indem es z.B. bei der Prüfung von Corona-Maßnahmen Grundrechtskonflikte einseitig auslegte und strikt der Regierung mit ihren ausgewählten Expertinnen und Experten folgte, ohne kontroverse wissenschaftliche Sichtweisen einzubeziehen (vgl. Hamed 2022; Kämmerer und Jischkowski 2020; Knieps 2020; Lucenti 2023). Dazu hat das hohe Gericht mit seiner sog. ‚Klimaentscheidung‘ bereits einen großen Spielraum für zukünftige, *präventive* Freiheitseinschränkungen im Interesse des Klimaschutzes legitimiert und damit die ‚Büchse der Pandora‘ des Ausnahmezustands weiter geöffnet ([24. März 2021, 1 BvR 2656/18](#)). So enthält der Leitsatz 1b quasi unbegrenzte Möglichkeiten antizipativer Freiheitseinschränkungen, ungeachtet wissenschaftlicher Kontroversen oder Unsicherheit: „Besteht wissenschaftliche Ungewissheit über umweltrelevante Ursachenzusammenhänge, schließt die durch Art. 20a GG dem Gesetzgeber auch zugunsten künftiger Generationen aufgegebene besondere Sorgfaltspflicht ein, bereits belastbare Hinweise auf die Möglichkeit gravierender oder irreversibler Beeinträchtigungen zu berücksichtigen.“ Damit können Freiheitsrechte auf bloßen Verdacht und im fiktiven, konstruierten Interesse nicht geborener Menschen eingeschränkt werden, wobei das BVerfG bei dieser Entscheidung wissenschaftliche Sichtweisen wieder selektiv auswählte und kritische Stimmen ausblendete (vgl. Vahrenholt und Lüning 2021). Zuletzt zeigt die Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zu Beginn seiner Regierung, wie weit der autoritäre Furor in der Corona-Krise gediehen ist (Die Zeit 2.12.21): „Für meine Regierung gibt es keine roten Linien mehr bei dem, was zu tun ist. Es gibt nichts, was wir ausschließen. Das kann man während einer großen Naturkatastrophe oder einer Gesundheitskatastrophe wie einer Pandemie nicht machen. Der Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger steht über allem.“ Damit offenbart der Bundeskanzler eine tendenziöse Interpretation des Grundgesetzes, das durchaus ‚rote Linien‘ vorsieht und kein ‚Supergrundrecht‘ des Gesundheitsschutzes, vielmehr angesichts der historischen Erfahrung die Achtung der Menschenwürde und Freiheit an erster Stelle führt. Aus der historischen Erfahrung des Abrutschens der Demokratie in ein autoritäres System haben alle Deutschen laut Art. 20 Abs. 4 das Recht auf Widerstand, gegen „jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen“. Dieses Recht gilt allerdings nur, „wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ (ebd.), was, trotz aller Einschränkungen und Aushöhlung der Demokratie derzeit noch kaum ernsthaft behauptet werden kann. Eine Restauration der Demokratie, d.h. eine Minderung ihrer Schlagseite durch mehr direkte, effektive Partizipation des Volkes ist aber dringend nötig.

7 Literatur

Agamben, Giorgio. 2004. *Ausnahmezustand*. 3. [Aufl.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Amat, F, A Arenas, und A Falcó. 2020. „Pandemics meet democracy. Experimental evidence from the COVID-19 crisis in Spain“. https://www.researchgate.net/publication/340462096_Pandemics_meet_democracy_Experimental_evidence_from_the_COVID-19_crisis_in_Spain.
- Atkinson, Simon, Gideon Skinner, und Teodros Gebrekal. 2023. „What Worries the World?“ www.ipsos.com (12. Juni 2023).
- Baekgaard, Martin, Julian Christensen, Jonas Krogh Madsen, und Kim Sass Mikkelsen. 2020. „Rallying around the Flag in Times of COVID-19: Societal Lockdown and Trust in Democratic Institutions“. *Journal of Behavioral Public Administration* 3(2): 1–12.
- Beck, Ulrich. 1993. *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Boltanski, Luc, und Eve Chiapello. 2001. „Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und der normative Wandel“. *Berliner Journal für Soziologie* 4: 459–77.
- Bor, Alexander, Frederik Jørgensen, und Michael Bang Petersen. 2023. „Discriminatory Attitudes against Unvaccinated People during the Pandemic“. *Nature* 613(7945): 704–11.
- Bourdieu, Pierre. 1998. *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- . 1999. 2054 *Über das Fernsehen*. 1. Aufl., [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- . 2001. *Das politische Feld: Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz: UVK Universitätsverlag.
- Brown, Patrick T. 2023. „I Left Out the Full Truth to Get My Climate Change Paper Published“. <https://www.thefp.com/p/i-overhyped-climate-change-to-get-published> (6. September 2023).
- Buzogány, Aron, und Patrick Scherhauser. 2023. „The New Climate Movement“. In *Routledge Handbook of Environmental Policy*, London: Routledge, 358–80. <https://www.taylorfrancis.com/books/9781003043843/chapters/10.4324/9781003043843-30> (4. Januar 2024).
- Cena, Lorenzo, und Michele Roccato. 2023. „Desires of Technocracy in Pandemic Times: A Multilevel Study“. *Social Science Quarterly* n/a(n/a). <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/ssqu.13254> (21. April 2023).
- Chomsky, Noam, und R. D. Herman. 2006. „A Propaganda Model“. In *Media and cultural studies: Keywords*, hrsg. Meenakshi Gigi Durham und Douglas M. Kellner. John Wiley & Sons, 257–94.
- Deck, Regina, und Kathrin Kluser. 2021. „Medienvielfaltsmonitor 2020-II: Anteile der Medienangebote und Medienkonzerne am Meinungsmarkt der Medien in Deutschland“. www.die-medienanstalten.de. https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/die_medienanstalten/Forschung/Medienvielfaltsmonitor/Medienvielfaltsmonitor_2020-II.pdf (28. Januar 2023).
- Dentelski, David u. a. 2023. „Ninety-Nine Percent? Re-Examining the Consensus on the Anthropogenic Contribution to Climate Change“. *Climate* 11(11): 215.

- Durkheim, Émile. 1893. *Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elsässer, Lea, Svenja Hense, und Armin Schäfer. 2016. *Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015 (Endbericht zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales)*. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- . 2018. „Government of the People, by the Elite, for the Rich: Unequal Responsiveness in an Unlikely Case“. *MPIfG Working Paper* 18(5). <https://www.econstor.eu/handle/10419/180215> (18. Dezember 2020).
- Engler, Sarah, und David Weisstanner. 2020. „The threat of social decline: income inequality and radical right support“. *Journal of European Public Policy*: 1–21.
- Ewald, François. 1993. *Der Vorsorgestaat*. Frankfurt a. M: Suhrkamp Verlag. <https://www.suhrkamp.de/buch/francois-ewald-der-vorsorgestaat-t-9783518116760> (2. November 2023).
- Feinstein, Yuval. 2020. „Applying Sociological Theories of Emotions to the Study of Mass Politics: The Rally-Round-the-Flag Phenomenon in the United States as a Test Case“. *The Sociological Quarterly* 61(3): 422–47.
- Filsinger, Maximilian, und Markus Freitag. 2022. „Pandemic threat and authoritarian attitudes in Europe: An empirical analysis of the exposure to COVID-19“. *European Union Politics* 23(3): 417–36.
- Förster, Annette. 2017. „Die Normalisierung der Ausnahme? 15 Jahre Ausnahmezustand in den USA“. In *Ausnahmezustand: Theoriegeschichte – Anwendungen – Perspektiven, Staat – Souveränität – Nation*, hrsg. Matthias Lemke. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 303–19. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16588-8_18 (24. Dezember 2020).
- Förster, Annette, und Matthias Lemke. 2016. „Die Legitimation von Ausnahmezuständen. Eine Analyse zeitübergreifender Legitimationsmuster am Beispiel der USA“. In *Legitimitätspraxis: Politikwissenschaftliche und soziologische Perspektiven*, hrsg. Matthias Lemke, Oliver Schwarz, Toralf Stark, und Kristina Weissenbach. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 13–37. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05742-8_2 (25. Januar 2021).
- Furedi, Frank. 1997. *Culture of Fear: Risk-Taking and the Morality of Low Expectation*. Bloomsbury Academic. <https://www.bloomsburycollections.com/monograph?docid=b-9781474212427> (23. Oktober 2023).
- . 2007. „The only thing we have to fear is the ‚culture of fear‘ itself“. *Spiked* 4.
- Graf, Rüdiger. 2020. „Zwischen Handlungsmotivation und Ohnmachtserfahrung – Der Wandel des Krisenbegriffs im 20. Jahrhundert“. *Handbuch Krisenforschung*: 17–38.
- Grande, Edgar. 2018. „Der Wandel politischer Konfliktlinien - Strategische Herausforderungen und Handlungsoptionen für die Volksparteien“. In *Zwischen Offenheit und Abschottung. Wie die Politik zurück in die Mitte findet.*, hrsg. Wilfried Mack. Freiburg im Breisgau: Herder, 17–43.

- Grotz, Florian. 2021. *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS (Verlag für Sozialwissenschaften). <http://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-08638-1> (20. Juni 2022).
- Hamed, Jessica. 2022. „Bundesverfassungsgericht – postfaktischer Wegbereiter des paternalistischen Staates (Beschluss zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht)“. *Cicero - Magazin für politische Kultur*. <https://www.cicero.de/innenpolitik/urteil-zur-einrichtungsbezogenen-impfpflicht-bundesverfassungsgericht> (22. Mai 2022).
- Han, Kyung Joon. 2016. „Income inequality and voting for radical right-wing parties“. *Electoral Studies* 42: 54–64.
- Hartmann, Michael. 2007. *Eliten und Macht in Europa: ein internationaler Vergleich*. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verl.
- . 2009. „Politische Elite und Einkommensverteilung in den USA seit 1945“. *Leviathan* 37(2): 281–304.
- . 2013. *Soziale Ungleichheit-Kein Thema für die Eliten*. Campus Verlag.
- Hassler, Joerg, Marcus Maurer, und Corinna Oschatz. 2016. „So gut wie sicher? Die Darstellung der Ungewissheit klimawissenschaftlicher Erkenntnisse durch Wissenschaft, Massenmedien und Politik“. In *Wissenschaftskommunikation zwischen Risiko und (Un-)Sicherheit*, hrsg. Georg Ruhrmann, Heike Kessler, und Lars Günther. Köln: Herbert von Halem Verlag, 122–41.
- Hinz, Thomas, Konstantin Mozer, und Susanne Strauß. 2023. „Durchführbarkeit und Qualität von rapid response research (R3HighEd). Umfragen bei Studierenden in Deutschland. Universität Konstanz (Bericht AG Hochschulforschung, pre-print, pdf Version)“. <https://www.soziologie.uni-konstanz.de/ag-hochschulforschung/forschungsprojekte/rapid-response-research-machbarkeitsstudie/> (11. Oktober 2023).
- Hirsch, Joachim. 2020. „Sicherheitsstaat 4.0“. In *Lockdown 2020*, hrsg. Hannes Hofbauer und Stefan Kraft. Wien: Promedia Verlag, 167-181 (elektron. Fassung).
- Hirsch, Magdalena. 2022. „Becoming authoritarian for the greater good? Authoritarian attitudes in context of the societal crises of COVID-19 and climate change“. *Frontiers in Political Science* 4. <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpos.2022.929991> (2. Mai 2023).
- Hofbauer, Hannes. 2022. *Zensur: Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte. Vom kirchlichen Index zur YouTube-Löschung*. Wien: Promedia Verlag/Apple Books Ebook.
- . 2023. „Verbotene Meinung, bestrafte Gesinnung: Zur Europäisierung des deutschen Zensurregimes“. *NachDenkSeiten - Die kritische Website*. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=104676> (13. November 2023).
- Honeycutt, Nathan, und Lee Jussim. 2023. „Political Bias in the Social Sciences: A Critical, Theoretical, and Empirical Review“. In *Ideological and Political Bias in Psychology: Nature, Scope, and Solutions*, hrsg. Craig L. Frisby, Richard E. Redding, William T. O’Donohue, und Scott O. Lilienfeld. Cham: Springer International Publishing, 97–146. https://doi.org/10.1007/978-3-031-29148-7_5 (22. Dezember 2023).
- Ioannidis, John P. A., Sally Cripps, und Martin A. Tanner. 2022. „Forecasting for COVID-19 has failed“. *International Journal of Forecasting* 38(2): 423–38.

- Ioannidis, John P.A., und Stephen H. Powis. 2022. „COVID-19 models and expectations – Learning from the pandemic“. *Advances in Biological Regulation* 86: 100922.
- Kämmerer, Axel, und Leif Jischkowski. 2020. „Grundrechtsschutz in der Pandemie - Der ‚Corona-Lockdown‘ im Visier der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit“. *Gesundheitsrecht* (6): 341–53.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 2003. *Varianten des Wohlfahrtsstaats: Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- KEK, (Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich), hrsg. 2021. „Zukunftsorientierte Vielfaltssicherung im Gesamtmarkt der Medien“. https://www.kek-online.de/publikationen/medienkonzentrationsberichte?tx_news_pi1%5Bnews%5D=5015&cHash=30c832f1a0832feedf13bb64a75c1181 (20. Juni 2022).
- Klößner, Marcus. 2021. „Wenn Landesmedienanstalten Medien öffentlich an den Pranger stellen“. *NachDenkseiten* - Die kritische Website. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=72874> (30. März 2022).
- Klößner, Marcus, und Jens Wernicke. 2022. *Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen: Das Corona-Unrecht und seine Täter*. 1. Auflage, ungekürzte Ausgabe. München: RBmedia Verlag.
- Kneip, Sascha, und Wolfgang Merkel. 2022. „(Un-)Demokratisches Handeln in Zeiten der Krise“. In *springerprofessional.de*, hrsg. Wolfgang Muno, Christoph Wagner, Thomas Kestler, und Christoph Mohamad-Klotzbach. Wiesbaden: Springer VS. <https://www.springerprofessional.de/un-demokratisches-handeln-in-zeiten-der-krise/23817936> (4. März 2023).
- Knieps, Franz. 2020. „Die Corona-Pandemie und das Grundgesetz – Anmerkungen nicht nur zu Rechtsfragen“. *Gesundheits- und Sozialpolitik* 74(3): 6–10.
- Krüger, Uwe. 2015. „Manufacturing consent through integration: Social networks of German journalists in the elite milieu and their effects on coverage“. *European Journal of Communication* 30(2): 152–70.
- Kuhn, Thomas S. 1967. *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Erstes bis viertes Tausend. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Larivière, Vincent, Stefanie Haustein, und Philippe Mongeon. 2015. „The Oligopoly of Academic Publishers in the Digital Era“. *PLOS ONE* 10(6): e0127502.
- Lavezzolo, Sebastián, Luis Ramiro, und Pablo Fernández-Vázquez. 2022. „Technocratic Attitudes in COVID-19 Times: Change and Preference over Types of Experts“. *European Journal of Political Research* 61(4): 1123–42.
- Lemke, Matthias, hrsg. 2017. *Ausnahmezustand: Theoriegeschichte -- Anwendungen -- Perspektiven*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16588-8_1 (24. Dezember 2020).
- Lengauer, Günther, Frank Esser, und Rosa Berganza. 2012. „Negativity in Political News: A Review of Concepts, Operationalizations and Key Findings“. *Journalism* 13(2): 179–202.

- Lepsius, M. R. 2013. „In welchen Krisen befindet sich die Europäische Union“. In *Institutionalisierung politischen Handelns: Analysen zur DDR, Wiedervereinigung und Europäischen Union*, hrsg. M. R. Lepsius. Wiesbaden: Springer, 240–52.
- Lucenti, Sebastian. 2023. „Keine ‚Lex-COVID-19‘ für Corona-Maßnahmen – Teil I: Das Ende des verfassungsrechtlichen Tunnelblicks auf staatliche Entscheidungen unter Unsicherheiten“. *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (online-Aufsatz)* 42(2): 1–13.
- Lueg, Klarissa. 2012. *Habitus, Herkunft und Positionierung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <http://link.springer.com/10.1007/978-3-531-19570-4> (15. Juni 2022).
- Maesele, Pieter, und Yves Pepermans. 2017. 1 *Ideology in Climate Change Communication*. Oxford University Press. <http://oxfordre.com/climatescience/view/10.1093/acrefore/9780190228620.001.0001/acrefore-9780190228620-e-578> (7. Januar 2024).
- Maher, Paul J. u. a. 2022. „Pandemic threat and group cohesion: national identification in the wake of COVID-19 is associated with authoritarianism“. *The Journal of Social Psychology* 0(0): 1–17.
- Manson, Joseph H. 2020. „Right-Wing Authoritarianism, Left-Wing Authoritarianism, and Pandemic-Mitigation Authoritarianism“. *Personality and Individual Differences* 167: 110251.
- Maurer, Marcus, Carsten Reinemann, und Simon Kruschinski. 2021. „Einseitig-unkritisch-regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie“. *Augstein-Stiftung*. <https://rudolf-augstein-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/Studie-einseitig-unkritisch-regierungsnah-reinemann-rudolf-augstein-stiftung.pdf> (17. Januar 2023).
- Meyen, Michael. 2009. „Das journalistische Feld in Deutschland“. *Publizistik* 54: 323–45.
- . 2015. „Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeit“. *Publizistik* 60(1): 21–39.
- . 2018. *Breaking News: Die Welt im Ausnahmezustand: Wie uns die Medien regieren*. Frankfurt a. M: Westend Verlag GmbH.
- . 2021. „Die Propaganda-Matrix“. ebook (apple). München: Rubikon.
- . 2023. „Vom Filter in die Arena“. In *Agenda-Cutting: Wenn Themen von der Tagesordnung verschwinden*, Medien – Aufklärung – Kritik. Schriftenreihe der Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) e.V., hrsg. Hektor Haarkötter und Jörg-Uwe Nieland. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 77–95. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38803-4_4 (11. August 2023).
- Meyer, John W., John Boli, George M. Thomas, und Francisco O. Ramirez. 1997. „World Society and the Nation-State“. *American Journal of Sociology* 103(1): 144–81.
- Nellis, Ashley Marie, und Joanne Savage. 2012. „Does Watching the News Affect Fear of Terrorism? The Importance of Media Exposure on Terrorism Fear“. *Crime & Delinquency* 58(5): 748–68.
- Peng, Yilang. 2022. „Politics of COVID-19 Vaccine Mandates: Left/Right-Wing Authoritarianism, Social Dominance Orientation, and Libertarianism“. *Personality and Individual Differences* 194: 111661.

- Petersen, Thomas. 2021. „Das geistige Klima an den Universitäten. Ergebnisse einer Online-Befragung von Hochschullehrern (Online-Präsentation 18. November 2021) (Institut für Demoskopie Allensbach, Konrad Adenauer Stiftung und Deutscher Hochschulverband)“. https://www.hochschulverband.de/fileadmin/redaktion/download/pdf/aktuelles/Online_Befragung_-_Das_geistige_Klima_an_den_Universitaeten.pdf.
- Petersen, Thomas, Roland Schatz, und Ralph Erich Schmidt. 2023. „Bricht die Mauer des Schweigens? Freiheitsindex 2023 (Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International)“. http://www.mediatenor.com/images/library/reports/Freiheitsindex_2023.indd%20-%20Freiheitsindex_2023_web.pdf (20. Dezember 2023).
- Piketty, Thomas. 2018. „Brahmin Left vs Merchant Right: Rising Inequality and the Changing Structure of Political Conflict“. *WID. world Working Paper* 7.
- . 2019. *Kapital und Ideologie (aus dem Französischen von André Hansen, Enrico Heinemann, Stefan Lorenzer)*. München: CH Beck / Apple Books.
- Post, Senja. 2016. „Communicating Science in Public Controversies: Strategic Considerations of the German Climate Scientists“. *Public Understanding of Science* 25(1): 61–70.
- . 2019. „Zur Darstellung des Klimawandels in den Medien (Vortrag zur Herbsttagung des Deutschen Ethikrats)“. Gehalten auf der Herbsttagung des Deutschen Ethikrats, Göttingen. <https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Veranstaltungen/ht-23-10-2019-Post.pdf> (29. März 2023).
- Post, Senja, und Natalia Ramirez. 2018. „Politicized Science Communication: Predicting Scientists' Acceptance of Overstatements by Their Knowledge Certainty, Media Perceptions, and Presumed Media Effects“. *Journalism & Mass Communication Quarterly* 95(4): 1150–70.
- Raabe, J. 2005. *Die Beobachtung journalistischer Akteure: Optionen einer empirisch-kritischen Journalismusforschung*. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Revers, Matthias, und Richard Traunmüller. 2020. „Is Free Speech in Danger on University Campus? Some Preliminary Evidence from a Most Likely Case“. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 72(3): 471–97.
- Ritter, Gerhard A. 2012. *Der Sozialstaat: Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*. Berlin u.a.: Walter de Gruyter.
- von Rossum, Walter. 2020. „Mediale Superspreader“. In *Lockdown 2020*, hrsg. Hannes Hofbauer und Stefan Kraft. Wien: Promedia Verlag, 212-226 (elektron. Fassung).
- Roth, Günter. 1999. *Die Institution der kommunalen Sozialverwaltung: die Entwicklung von Aufgaben, Organisation, Leitgedanken und Mythen von der Weimarer Republik bis Mitte der neunziger Jahre*. Berlin: Duncker & Humblot.
- . 2012. „Demographischer Wandel oder Schwindel?“ *Einfach kompliziert. Analysen zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. <https://einfachkompliziert.de/demographischer-wandel-oder-schwindel/> (22. August 2021).
- . 2021a. „Krisenpolitik — auf dem Weg zur autoritären Technokratie?“ *Einfach kompliziert: Sozial – Politik – Ökonomie*. <https://einfachkompliziert.de/krisenpolitik-auf-dem-weg-zur-autoritaeren-technokratie/> (6. Mai 2021).

- . 2021b. „Sondierungen zur Erosion ‚real existierender‘ Demokratien“. *Einfach kompliziert: Sozial – Politik – Ökonomie*. <https://einfachkompliziert.de/sondierungen-zur-erosion-real-existierender-demokratien/> (25. November 2021).
- . 2023a. „Krisenpolitik und Autoritarismus des ‚Guten und Wahren‘ – Sozial – Politik – Ökonomie“. *Einfach kompliziert: Sozial – Politik – Ökonomie*. <https://einfachkompliziert.de/krisenpolitik-und-autoritarismus-des-guten-und-wahren/> (6. Januar 2024).
- . 2023b. „Medien als Problem der Demokratie“. *Einfach kompliziert: Sozial – Politik – Ökonomie*. <https://einfachkompliziert.de/medien-und-die-erosion-der-demokratie/> (28. März 2023).
- Rozado, David. 2023. „The Political Biases of Google Bard“. *Rozado's Visual Analytics*. https://davidrozado.substack.com/p/the-political-biases-of-google-bard?utm_medium=reader2 (21. Dezember 2023).
- Sasaki, Natsu, Reiko Kuroda, Kanami Tsuno, und Norito Kawakami. 2020. „Exposure to Media and Fear and Worry about COVID-19“. *Psychiatry and Clinical Neurosciences* 74(9): 501–2.
- Schäfer, Armin. 2008. *Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie (MPIfG Discussion Paper 08 / 10)*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (<http://pubman.mpdl.mpg.de/>).
- Séville, Astrid. 2017. *There is no alternative: Politik zwischen Demokratie und Sachzwang*. Campus Verlag.
- Sewing, Werner. 1983. „Soziologie als Krisenwissenschaft?“ In *21. Deutscher Soziologentag 1982: Beiträge der Sektions- und ad hoc-Gruppen Band I*, hrsg. Friedrich Heckmann und Peter Winter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 385–88. https://doi.org/10.1007/978-3-322-83504-8_77 (22. Januar 2021).
- Sommer, Moritz, Dieter Rucht, Sebastian Haunss, und Sabrina Zajak. 2019. „Fridays for Future: Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland“. *Refubium - Repositorium der FU Berlin*. <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/25384> (26. Februar 2021).
- Soroka, Stuart, und Stephen McAdams. 2015. „News, Politics, and Negativity“. *Political Communication* 32(1): 1–22.
- Sullivan-Paul, Michaela. 2023. „How Would ChatGPT Vote in a Federal Election? A Study Exploring Algorithmic Political Bias in Artificial Intelligence“. Graduate School of Public Policy, University of Tokyo. https://www.pp.u-tokyo.ac.jp/wp-content/uploads/2016/02/10_51218255_SULLIVANPAUL_Michaela.pdf (21. Dezember 2023).
- Vahrenholt, Fritz, und Sebastian Lüning. 2021. *Unanfechtbar?: der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz im Faktencheck*. München: Langen-Müller.
- Vighi, Fabio. 2023. „Welcome to ‚Low Energy Capitalism‘; or, Proletarians of the World, Wear Facemasks!“ *The Philosophical Salon*. <https://thephilosophicalsalon.com/welcome-to-low-energy-capitalism-or-proletarians-of-the-world-wear-facemasks/> (17. Januar 2024).
- Wehlau, Diana. 2009. *Lobbyismus und Rentenreform*. Wiesbaden: VS-Verlag/Springer.

- Wüstner, Kerstin. 2022. „Authoritarianism and the Desire to Punish Non-Conforming Individuals during the COVID-19 Pandemic“. *SSRN Electronic Journal*. <https://www.ssrn.com/abstract=4168252> (1. Mai 2023).
- Zollmann, Florian. 2019. „Bringing Propaganda Back into News Media Studies“. *Critical Sociology* 45(3): 329–45.
- Zulianello, Mattia, und Diego Ceccobelli. 2020. „Don't Call It Climate Populism: On Greta Thunberg's Technocratic Ecocentrism“. *The Political Quarterly* 91(3): 623–31.